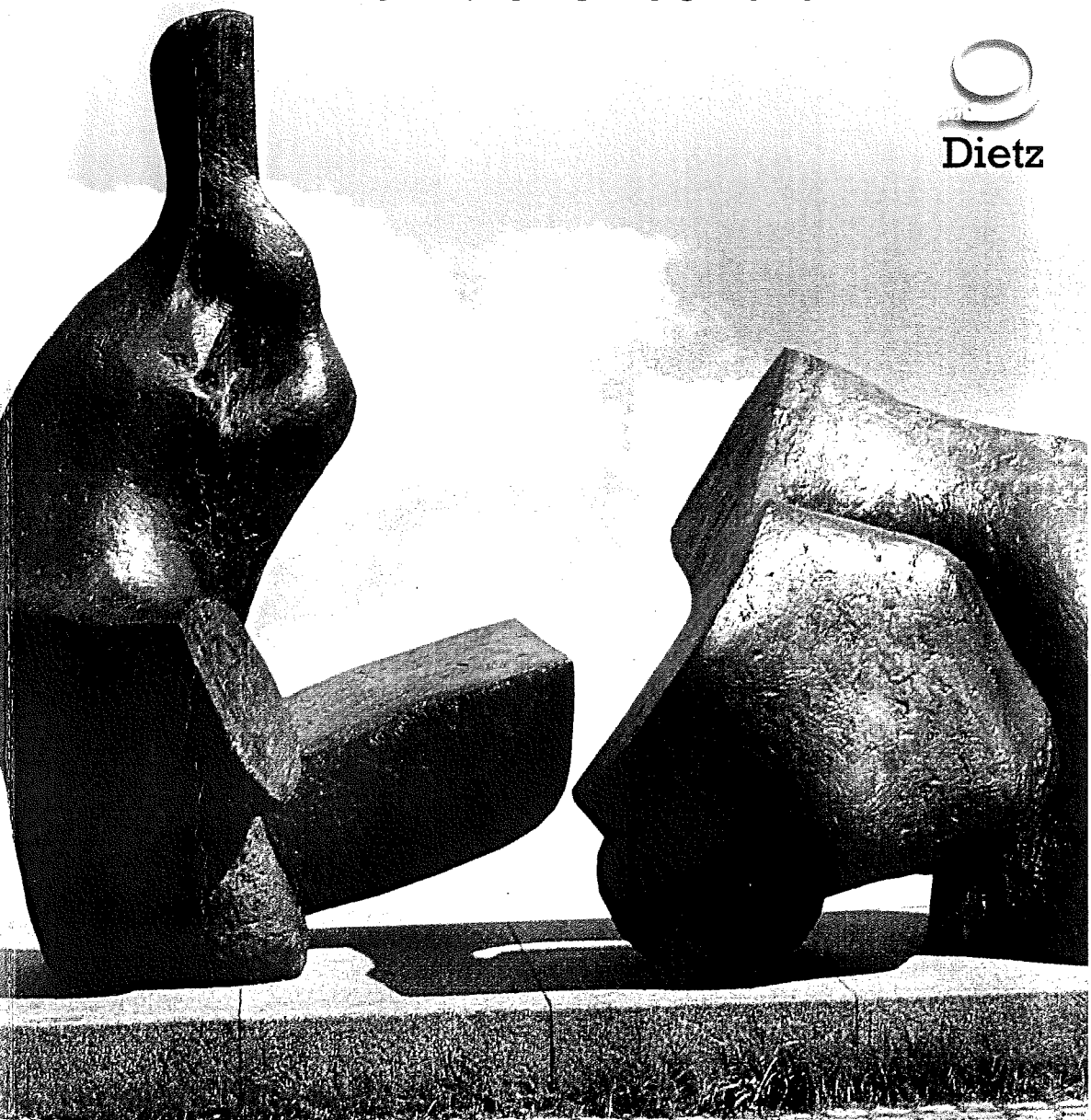
2001/2002

Jahrbuch Arbeit + Technik

Grenzüberschreitungen

Stillstand und Bewegung in der Gesellschaft



Dietz

Inhalt

Zur Einführung

Werner Fricke
Für eine andere Moderne 9

1. Ökonomie und gesellschaftliche Entwicklung

Lothar Hack
Die „New Economy" als neue Formation der Unternehmensorganisation 19

Egon Matzner
Zur Sozioökonomie der Globalisierung und der noch ausstehenden Antwort der EU 42

Elmar Altvater
Die politische Architektur von Finanzmärkten 58

Werner Sengenberger
Globale Trends bei Arbeit, Beschäftigung und Einkommen – Herausforderungen für die soziale Entwicklung 68

Edgar Grande
Die neue Unregierbarkeit.
Globalisierung und die Grenzen des Regierens jenseits des Nationalstaats 95

Martin Seeleib-Kaiser
Sozialpolitik und Globalisierung.
Ein Vergleich der politischen Diskurse und der Politikveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, Japan und den USA 111

Ulrich Klotz
Informationsökonomie und der Wandel des Arbeitsbegriffs.
Herausforderungen und Konsequenzen einer zunehmend von immateriellen Werten geprägten Wirtschaft 120

2. Naturwissenschaft und Gesellschaft

Ulrich Schnabel
Der Mensch als Maschine? Wie die Neurobiologie versucht, menschliches Verhalten zu erklären – und an welche Grenzen sie dabei stößt 129

Dirk Lanzerath
Gentechnik. Ethische Kriterien bei der Beurteilung ihrer Anwendungsfelder..... 138

Otto Ullrich
Forschung und Technik für eine zukünftige Lebensweise 157

3. Politik und Gesellschaft

Claus Offe
Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?..... 191

Wolfgang Nowak
Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in die Politik 215

Michael Müller
Global sozial – Nachhaltigkeit. Die soziale Frage kehrt zurück..... 221

Klaus Lang
Chancen für ein europäisches Kultur-, Sozial- und Politikmodell..... 235

Peter Bleses
Wie die Leute den Wohlfahrtsstaat verändern 247

Gilbert Weiss
Kontingenz – Notwendigkeit – Tugend.
Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik in Entscheidungsprozessen der Europäischen Union 255

4. Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften: Analyse, Gestaltung, Beratung

Ulrich Beck/Wolfgang Bonß/Christoph Lau
Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen und Hypothesen 265

Ekkehart Krippendorff
Eine andere Moderne 299

Hans van Beinum, Ingrid Ljungberg van Beinum †
Theorie und Praxis der Aktionsforschung 310

Helmut Martens
Auf dem Wege zu einer neuen Aktionsforschungsdebatte?
Forschung, Organisations- und Politikberatung aus Sicht sozialwissenschaftlicher Arbeitsforschung 340

Klaus Peters
Individuelle Autonomie und die Reorganisation von Unternehmen 371

Wolfgang Kreienbaum
Strukturen und Prozesse verändern 389

Hartmut Hirsch-Kreinsen
Unternehmensnetze: Königsweg der Reorganisation? 402

5. Rezensionen

Peter Brödner
Das Evangelium des robo sapiens.
Eine Sammelrezension von Neuerscheinungen zur künstlichen Intelligenz 415

Michael Dauderstädt
Brüssels schwierige Demokratisierung 423

Autorinnen und Autoren 433

Michael Dauderstädt

Brüssels schwierige Demokratisierung

Larry Siedentop
Democracy in Europe
London: Penguin, 2000, 254 Seiten

Simon Hix
The political system of the European Union
Houndsmill, London: Macmillan, 1999, 427 Seiten

Peter Muntigl, Gilbert Weiss and Ruth Wodak
European Union Discourses on Un/employment
An interdisciplinary approach to employment policy-making and organizational change
Amsterdam, Philadelphia: John Benjamins, 2000, 234 Seiten

Philippe C. Schmitter
How to Democratize the European Union ...
And Why Bother?
London: Boulder, New York, Oxford: Rowman & Littlefield, 2000, 150 Seiten

Das Jahr 2000 brachte die Debatte um die demokratische Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union (EU) in neuen Schwung. So erarbeitete ein europäischer Konvent eine – allerdings noch formal unverbindliche – Grundrechtecharta, die auf dem Gipfel von Biarritz proklamiert wurde. Nach dem Amsterdamer Vertrag waren bekanntlich einige Strukturfragen offen geblieben, die so genannten *left overs* von Amsterdam, die Ende 2000 auf einer Regierungskonferenz zu beantworten waren, die auf dem Gipfel von Nizza zu einem wenig rühmlichen Abschluss gebracht wurde. Im Vorlauf hatten führende europäische Politiker ihre Visionen präsentiert: Der deutsche Außenminister Joschka Fischer plädierte in einer „privaten" Rede vor der Humboldt-Universität in Berlin für föderale Strukturen und eine neue Parlamentsform; der französische Präsident Jacques Chirac schlug vor dem deutschen Bundestag in Berlin eine Pioniergruppe vor, während der britische Premier Tony Blair in der Warschauer Börse eine „Supermacht, keinen Superstaat Europa" forderte.

Da Nizza nur einen faulen Kompromiss produzierte, begannen gleich nach dem Gipfel die Debatten über weitere institutionelle und konstitutionelle Veränderungen: eine Vereinfachung der Verträge, eine Kompetenzabgrenzung, den Status der Grundrechtecharta. Die Demokratisierung der Integration bleibt ein Thema, zumal die Bür-

ger Europas den europäischen Einigungsprozess mit immer skeptischeren Augen sehen. Neben vielen anderen Frustrationen hat die Bürger sicher auch enttäuscht, dass die Politikgestaltung in Brüssel so wenig transparent ist und weitgehend abgekoppelt von den nationalen, regionalen und lokalen Lebenswelten der Menschen erscheint, die sie andererseits immer wieder beeinflusst. Auf diesem Hintergrund sprach sich der deutsche EU-Kommissar Verheugen im Herbst 2000 für mehr plebiszitäre Elemente in der EU aus.

Wer besser verstehen will, wie Brüssel – hier kurz für das politische System der EU, das natürlich geographisch weiter gestreut ist – funktioniert und wie es vielleicht demokratischer arbeiten könnte, der kann, wenn er des Englischen mächtig ist, sich mit den hier besprochenen Büchern weiterhelfen. Angesichts der sehr unterschiedlichen Vorgehensweise der Autoren empfiehlt sich aber eine sorgfältige Auswahl, die die folgende Kurzcharakterisierung erleichtern soll:

- Simon **Hix'** Band über das politische System der EU ist ein klassisches *textbook* in der wahrscheinlich besten Reihe von Büchern zur europäischen Integration, der „The European Union Series" des Macmillan-Verlags, die von Neill Nugent, William E. Paterson und Vincent Wright herausgegeben wird.
- Larry **Siedentops** Band ist schwer einzuordnen; er ist im Stil eines Essays geschrieben und im Duktus eher gesellschafts- oder politikphilosophisch. Der Autor pflügt dabei ein weites Feld von grundsätzlichen Fragen, historischen Hintergründen und Perspektiven der Veränderung.
- Philippe **Schmitters** Büchlein ist dagegen ein langes *policy paper* mit zahlreichen Reformvorschlägen zur Demokratisierung der EU, in der Swiftschen Tradition als „modest proposals" präsentiert, deren Begründung aber eine schon akademische Tiefe erreicht.
- Die Arbeit des österreichischen Dreierteams **Muntigl, Weiss, Wodak** bewegt sich nur in akademischen Tiefen und bedarf daher eines langen Atems, bevor man wieder an die Oberfläche zurückkehren kann. Um diese Tiefen zu erreichen, war zwangsläufig eine enge inhaltliche Begrenzung auf einige Diskursstrukturen zwischen Parlament und Rat in einem ganz bestimmten Politikfeld notwendig.

Obwohl jedes Buch für sich gelesen werden kann, bietet es sich für den ernsthaft EU-interessierten Leser an, mit Hix zu beginnen. Das Buch von Hix behandelt das politische System in einem weiten Sinn und kann daher eigentlich als ein grundlegendes Buch zur EU gelten, die ja im Kern Gegenstand der Politikwissenschaften ist. Hix beschränkt sich auch nicht auf die politisch-institutionelle Maschinerie, sondern behandelt neben deren verschiedenen Bestandteilen (Exekutive, Legislative, Judikative) auch die Politik im Sinne der Verbindung von Gesellschaft und EU-Apparat durch Interessen und Meinungen, Öffentlichkeit und Parteien, Wahlen und Lobbying sowie die einzelnen Politikfelder (Regulierung, Umverteilung, Währungsunion, Sicherheit, Außenpolitik etc.). Als größere Lücke in diesem breiten Spektrum fiel dem Rezensenten vor

allem der ganze Komplex der EU-Erweiterung auf, die seit Jahren – neben der Währungsunion – die Agenda der Union dominiert.

In jedem dieser Abschnitte folgt Hix einem systematischen Ansatz: Er beginnt mit einem Überblick über die Theorie zu dem entsprechenden Gebiet (z. B. Theorien der politischen Repräsentation), beschreibt dann die europäische Realität, versucht sie mittels der theoretischen Ansätze zu erklären und zieht dann einige Schlussfolgerungen. Dadurch gewinnt das Buch zwar einen stärker akademischen Charakter, wovon nicht zuletzt 40 Seiten Bibliographie zeugen, aber es eröffnet dem Leser auch eine weitere Perspektive, in der das Besondere der europäischen Lösungen besser hervortritt.

Das enzyklopädische Wissen des Autors ist beindruckend. Von der Staats- und Demokratietheorie über die Theorien der Regionalentwicklung oder Regulierung bis zu denen über optimale Währungsgebiete gelingt es Hix, die relevanten Ansätze knapp zu umreißen und damit den Leser in die grundlegenden Probleme und die wichtigsten Erklärungsmuster eines jeden Gebietes einzuführen. Nebenbei bekommt man so fast schon ein Lehrbuch der politischen Wissenschaft mitgeliefert. Dies erleichtert dann das Verständnis der europäischen Situation, die Hix meist kurz historisch umreißt und dann mit Hilfe zahlreicher Tabellen und grafischer Darstellungen detailliert und oft auch quantitativ beschreibt. Die Stimmengewichtung im Rat, die Zusammensetzung der nationalen Parlamente, Umfrageergebnisse, Struktur des EU-Haushalts, Wirtschaftsdaten, Kennzahlen der gesellschaftlichen Entwicklung – Hix hat immer die wichtigsten oder zumindest sehr illustrative Daten zusammengetragen, um seine Beschreibungen und Analysen empirisch zu untermauern.

Will man z. B. die Resultate von Nizza würdigen, so empfiehlt sich ein Blick in das Kapitel „Legislative Politics" (S. 56–98) bei Hix. Da sind die Machtspiele, die Mehrheitsregeln und alles Übrige detailliert dargelegt. Man versteht dann, warum ein Mitgliedstaat um diese oder jene Stimme kämpfen wollte oder zu müssen glaubte. So arbeitet Hix die Verschränkung von nationalen Interessen im Spannungsfeld von links und rechts und – dazu quer – pro- und antieuropäisch klar heraus (S. 72). Wer all das weiß, kennt wahrscheinlich mehr flächendeckende Fakten über das politische System der EU als die Autoren der übrigen hier besprochenen Bücher. Dafür bieten sie andere Qualitäten.

Schmitters Pamphlet teilt mit Hix das Vorgehen insofern, als er zunächst eine kurze Einführung in die Probleme einer europäischen Demokratie gibt. Dann widmet er sich drei wichtigen Säulen demokratischen Regierens: Staatsbürgerschaft, Repräsentation und Entscheidungsprozesse. In jedem dieser Bereiche stellt er einige allgemeine Überlegungen unter Einbeziehung relevanter Literatur an, um dann konkrete Reformvorschläge zur Stärkung der europäischen Demokratie zu machen.

Staatsbürgerschaft: Schmitter schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, die eine EU-Bürgerschaft vor der nationalen Bürgerschaft auszeichnen könnten:

- Volksabstimmungen (man denkt gleich an Verheugen),
- doppeltes Wahlrecht für Kandidaten und Länge des Mandats,

- längere Wahlen (eher eine Woche als ein Tag),
- eine Übernahme der europäischen Menschenrechte (hier hat die EU raschere Fortschritte gemacht als Schmitter erwartete),
- ein Status für „Wohnbürger" (*denizens* im Gegensatz zu *citizens*),
- universelle Staatbürgerschaft, d. h. auch für Kinder von Geburt an, wobei das Wahlrecht bis zur Volljährigkeit von den Eltern ausgeübt wird und
- eine soziale Staatsbürgerschaft mit einem Mindesteinkommen.

Repräsentation: Schmitter sieht in der EU bisher einen *bias* zugunsten nationaler Regierungsinteressen und Wirtschaftsinteressen, die sich in Brüssel strukturell besser als andere Interessen (sozial Schwache, Spezialinteressen wie etwa Kriegsdienstverweigerer oder Tierschützer, Regionen, transnationale Organisationen) durchsetzen konnten. Seine Vorschläge gehen aber darüber hinaus:

- eine logarithmisch proportionale Repräsentanz der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament,
- spezielle Mitsprache nach Teilnahme an funktionellen Integrationsbereichen (Schengen, Währungsunion),
- ein EU-Wahlrecht mit zwei Stimmen (wie in Deutschland), wobei die Listen (Zweitstimme) transnational aufgestellt werden,
- eine Formalisierung und Institutionalisierung von europäischen Interessenverbänden mit einem Finanzierungssystem über Voucher, die aus einer Pflichtabgabe gespeist werden, die die Bürger aber frei zuteilen können.

Schmitters Überlegungen zu einem zukünftigen europäischen Parteiensystem verlängern, was Hix an Interessen schon ausgeführt hat. Die nationalen Parteiensysteme repräsentieren historisch überholte Bruchlinien; aber wann neue, den modernen Integrations-bedingten Bruchlinien und Interessenkonflikten entsprechende Parteien entstehen (oder bestehende sich re-positionieren), bleibt offen.

Entscheidungsstrukturen: Hier diskutiert Schmitter, was in Nizza und auf der vorherigen Regierungskonferenz heiß umstritten war, nämlich Sitz- und Stimmverteilungen sowie die Neugestaltung der Kommission. Seine Vorschläge umfassen sogar die erweiterte Union. Sie sind zumindest derzeit von Nizza überholt, könnten aber vielleicht in Zukunft bei einer nächsten Revision der Verträge wieder zur Geltung kommen. Schmitter präferiert ein Modell mit Kollegien, also Gruppen von Mitgliedstaaten ähnlicher Größe.

Letztlich mag leider wenig von den intelligenten Ideen übrig bleiben. Schmitter ist vielleicht einfach etwas zu schlau für den gletscherhaften Prozess bürokratischen Wandels der EU. Aber er regt die soziologische Phantasie an, auch wenn etwas weniger Bildungsprotz angesagt wäre. Warum muss er Fachausdrücke in fünf Sprachen unterbringen – um den Preis einiger Fehlplätze wie „Gemeinsamkeitsglauben" oder „Verrechtligung" (S. 118)? Weniger wäre da mehr.

Um zu begreifen, warum Europa noch nicht reif für Schmitters Vorschläge ist, sollte man zu Siedentop greifen. Die Antworten, die man dort finden kann, sind aber oft irritierend. Dieses Buch kriegt man nicht so leicht in die Schubladen, die man sich im Kopf eingerichtet hat:

- Ist es ein akademisches Werk? Vom Autor und Anspruch her sicher – aber wo sind Belege und Fußnoten? Erst am Ende stößt man auf die kurze Bibliographie, die einen beruhigt, dass die ganzen Überlegungen wohl fundiert und nicht die einseitigen Interpretationen eines Autors sind, der sich nicht auf die Mühen breiterer Lektüre und empirischer Arbeit einlassen wollte. Trotzdem wirkt es insgesamt eher wie ein Essay. Entsprechend ist es auch gut lesbar, oft grenzt es fast an eine Kampfschrift.
- Ist der Autor konservativ oder links? Er ist sicher ein Liberaler. Das Buch ist getränkt in die Werte der Freiheit, Selbstregierung und Demokratie. Aber er ist kein Wirtschaftsliberaler im Sinne Hayeks oder Thatchers. Im Gegenteil: In seinen Augen droht die Betonung der Märkte und der Wirtschaft die führende Rolle der Politik zu untergraben, die nach seiner Meinung allein Freiheit garantieren kann. Um zu zitieren: „So are we simply making Europe safe for bankers, consultants and managers? Has the West seen off the communist challenge only to fall victim to an unelected élite, in its own way as arrogant and exploitative as the communist élite, though relying on a different rhetoric and managing in a different style?" (S. 34). Kaum ein Sozialdemokrat hätte in Zeiten des Dritten Weges noch den Mut, so kritisch mit unserer Wirtschaft umzuspringen. Die drei österreichischen Autoren (siehe unten) würden diese Frage bejahen und versuchen, dafür diskursanalytische Belege zu liefern.
- Ist er für oder gegen die europäische Integration, oder – noch schärfer gefasst – eine politische Union, ein vereintes Europa, einen europäischen Bundesstaat? Über lange Strecken des Buches bleibt dies dem Leser unklar. Er spürt zwar Sympathie, aber analytisch scheinen beim Autor die Zweifel zu überwiegen. Doch die beiden letzten Sätze am Ende des Buches geben eine ganz klare Aussage, die auch diese Spannung erklärt: „Federalism is the right goal for Europe. But Europe is not yet ready for federalism." (S. 231)

Zäumen wir das Buch von hinten auf: Siedentop analysiert und argumentiert, warum Europa eine föderale politische Organisation braucht und welche Hindernisse dem im Weg stehen. Dazu betrachtet er verschiedene Dimensionen: die unterschiedlichen Staatsformen und -verständnisse in Europa, die Rolle einer Verfassung, die Problematik einer europäischen politischen Klasse und die kulturelle Wertebasis der europäischen Demokratie. In vielen Bereichen packt er dabei heiße Eisen an, die in der offiziellen europäischen Debatte einem wenn nicht Denk-, so doch Artikulationsverbot nach Art der „political correctness" unterliegen. So kritisiert er deutlich das französische Staats- und Demokratieverständnis, das eine hohe Autonomie der Exekutive er-

laubt, die dann aber durch periodische „Volksaufstände" (Blockaden etc.) zurückgepfiffen wird. Die Übertragung dieses Modells auf Europa erscheint ihm umso gefährlicher, als der Einigungsprozess aus seiner Sicht bisher von der französischen politischen Klasse dominiert wird, die diesen Prozess seit 1990 angstvoll beschleunigt, um einer deutschen Hegemonie in Europa zuvorzukommen.

Ebenso deutlich lehnt er aber auch das englische Modell einer „culture of consent" insofern ab, als sie nicht als Basis für eine europäische Demokratie ausreicht. Umgekehrt kann ohne eine solche Kultur aber auch ein Staat, eine Demokratie nur schlecht funktionieren. Um nochmals Siedentop in einem Absatz zu zitieren, der es bemerkenswert auf den Punkt bringt:

> „The old unwritten constitution made it clear that social habits and attitudes are the bedrock of law. When positive laws depart too far from or run against such habits and attitudes, they are unlikely to prevail. That is the truth which the British recognize instinctively. And that truth informs their criticisms of over-rapid European political integration. For the British notice the way in which a culture of consent, which is the legacy of self-government in Britain, leads to the conscientious observance of regulations emanating from Brussels, while the same regulations are often ignored or circumvented in Greece, Spain or even France – in countries where the roots of a culture of consent, like self-government itself, are more recent and fragile.
>
> The confidence in the law which is the primary attribute of a culture of consent cannot be created overnight. And it is far easier to lose than to gain. That is the plausible heart of the British case against over-rapid construction of a federal Europe, a sudden move away from the political culture of nation-states." (S. 80)

Was aus Siedentops Sicht als Lösung bleibt, ist eine Verfassung – weniger in ihrer Funktion als positives Recht als ein Instrument sozialer Kohäsion. Verfassungspatriotismus (ohne das Wort) ist der beste Ersatz für und Gegengift gegen völkische oder klientelistische Identitätsbande in Zeiten großer Anpassungszwänge durch die Globalisierung. Das Bewusstsein gleicher Freiheit, das durch eine Verfassung garantiert ist, liefert Sicherheit im Wandel. Aber dabei ist auch klar: Der erzieherische Effekt wird lange Zeit in Anspruch nehmen, bevor er wirklich massenhaft Haltung und Verhalten der europäischen Bürger bestimmen könnte. Und es ist alles andere als ausgemacht, dass man angesichts der gegenwärtigen nationalen Unterschiede überhaupt eine europäische Verfassung, die nationales Recht bräche, zustande brächte. Siedentops eigener Vorschlag zur institutionellen Reform, ein Senat, wie ihn inzwischen auch Blair bei seiner Rede in Warschau oder der „Economist" vom 28.11.2000 in seinem Verfassungsvorschlag gemacht haben, wirft dabei eher mehr Fragen auf als er beantwortet: Wie ist sein Verhältnis zu den anderen Organen der Union – vor allem zum Rat, der jetzt die Nationen repräsentiert? Wie sind die einzelnen Mitgliedstaaten in ihm vertreten?

Aber das sind kleinere Schwächen. Auch sonst lässt das Buch einige Lücken: Die Konzentration auf Frankreich, Deutschland und Großbritannien ist gerechtfertigt, ver-

nachlässigt aber zwölf andere Mitgliedstaaten – von den Beitrittskandidaten ganz zu schweigen. Doch Siedentops Stärke liegt in der Identifizierung der fundamentalen Probleme der europäischen Demokratie. Währungsunion und Erweiterung werden die Machtfragen in der Neuen Union mit aller Härte stellen. Wenn sie nicht alte und gefährliche Konfliktrituale wiederbeleben sollen, bedarf es demokratischer Institutionen, um diese Konflikte zu lösen. Dazu ist Geduld und Zeit nötig, vielleicht mehr als verfügbar ist. Vor allem aber muss Europa vor sich selbst ehrlich Rechenschaft über die wahren Probleme und ihre Ursachen ablegen, wenn es tragfähige Lösungen entwickeln will. Siedentops Buch ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Eine mikroskopische Aufnahme, warum und wie Europa (oder präziser: die Brüsseler und Straßburger Politikmaschine) sich nicht ehrlich Rechenschaft über Probleme und ihre Ursachen ablegt und deshalb keine adäquaten Politiken zu ihrer Lösung formulieren kann, liefert das Buch von Muntigl, Weiss und Wodak. Die drei Autoren widmen sich der europäischen Beschäftigungspolitik in Gestalt von zwei Dokumenten, einem *policy paper* der *Competitiveness Advisory Group* (CAG), die der Kommission und dem Rat zuarbeitet, und einer Resolution des Europaparlaments. Sie untersuchen den Entstehungsprozess der beiden Texte und ihre genauen Formulierungen mit textanalytischen Mitteln. Dabei wird deutlich, wie Legitimationsbedürfnisse, Konsenszwänge, rhetorische Versatzstücke und modische Interpretationsmuster die Texterarbeitung dominieren und so die Entstehung von Dokumenten befördern, die schon in den Augen ihrer Autoren kaum erkennbaren Wert im Sinne politischer Gestaltungsmacht besitzen (so der Vorsitzende der CAG, Payé, gegenüber den Autoren auf S. 113/4).

Die Autoren haben offensichtlich Probleme, mit diesem Befund umzugehen, der ihren gelegentlich fast verschwörungstheoretischen Instinkten zuwiderläuft. So ist ihr Resümee eher verwirrend: „Although it is not easy to say to what extent the CAG policy paper actually influenced the decision-making of the European Council in Luxemburg, the mere existence of such an advisory group giving recommendations to the heads of state, and the fact that it is difficult to say what influence it had, document very well the dominance of the committee regime in EU policy-making." (S. 201) Warum gerade etwas von so zweifelhaftem Einfluss die Dominanz bestätigt, kann den Rezensenten nicht so recht überzeugen.

Leider wird dem Leser dieses – zumindest für mit Politikberatung vertraute Menschen – vielleicht auch nicht sonderlich überraschende Ergebnis in Form einer wahrhaft bitteren Pille mit zahlreichen Nebenwirkungen verabreicht. Bitter ist die Kost einmal durch ihre oft extrem abstrakt-akademische Sprache. Zur Illustration diene ein Zitat: „Using the ethnomethodological notion of contingent accomplishment as a starting point for considering what organizations are means that our analyses should be grounded in actors' rational, practical and accountable activities in organizing their own settings. Placing the focus of organizations on the organization of social interaction requires in-depth understanding of the kinds of practices that enable and constrain

this day-to-day organizing process." Auch das Schriftbild ist oft eher störend als hilfreich, wenn in Mitschnitten von Gesprächen und Debatten durch Großbuchstaben und Sonderzeichen wohl die Phonetik des gesprochenen Wortes abgebildet werden soll – einschließlich aller Verlegenheitslaute (äh, öh, hmmm).

Die schädlichen Nebenwirkungen treten vor allem bei einem Leser (wie dem Rezensenten) auf, der mehr von Ökonomie als von Textanalyse versteht. Die Absicht der Autoren, die beschäftigungspolitische Politikdebatte mit den realen Problemen des Arbeitsmarktes zu konfrontieren, ist naheliegend und löblich, sie krankt aber an der relativ mageren volkswirtschaftlichen Qualifikation. So stützt sich ihre ökonomische Analyse praktisch auf nur zwei Autoren/Bücher, nämlich Thurow's „The future of capitalism" und Krugman's „Peddling Prosperity" – offensichtlich auch ohne Rücksicht darauf, dass Krugman Thurow mehr oder weniger für einen Scharlatan hält (siehe Krugman: „Pop Internationalism", das die Autoren auch zitieren). Die widersprüchliche Auswahl mag ansonsten schon gefallen, wenn man – wie diese Ökonomen und der Rezensent – eher der keynesianischen Schule zuneigt. Aber sie wird kritischere Leser nur schwerlich überzeugen, wenn sie obendrein mit kräftigen Schnitzern garniert ist. „Increasing inequality of income seems to be the price America had to pay for keeping employment rates low." (S. 36) ist vielleicht noch ein Versehen, wenn das „un"(-employment) vergessen wurde. Aber darüber findet man „... in the US the 1980s and 1990s have seen a historically unique increase in productivity and GDP." Das ist faktisch für die achtziger Jahre falsch. Die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP lag für 1981–1990 bei 2,7 % – genau so viel wie 1971–80 und niedriger als etwa 1961–1970 (3,8 %). 2,7 % ist für die achtziger Jahre nur unwesentlich höher als die damals angeblich sklerotische EU (2,4 %), ganz zu schweigen von 4 % im damals noch dynamischen Japan. Clinton gewann 1992 die Wahlen mit „It's the economy, stupid." Das amerikanische „Wunder", das ohnehin recht umstritten ist, was die Produktivität angeht, fand erst in den neunziger Jahren statt. Um ein gravierenderes Beispiel zu nehmen (S. 61): „... formula of 'moderate wage agreements below increases in productivity' of course means that workers have to accept a fall in real income." Das ist ökonomischer Unfug, auch wenn politisch vielleicht Wirtschaftsvertreter ihren heimlichen Wunsch nach Lohnsenkungen so verkleiden mögen. Aber solange die Löhne stärker steigen als die Inflation, steigt das Realeinkommen. Was fällt, wenn sie langsamer als die Produktivität steigen, ist ihr Anteil an der Wertschöpfung, also ceteris paribus die Lohnquote. Hier wird von links Rhetorik mit Sachzusammenhängen verwechselt.

Auch was die europäischen Institutionen angeht, so mischen sich schiefe Beschreibung mit politisch motivierter Kritik. „... the European Council ... usually meets twice a year." (S. 56) ist leider auch falsch. Er trifft sich eher viermal, zweimal während jeder Präsidentschaft (während der deutschen 1999 in Berlin und Köln, während der französischen in Biarritz und Nizza). Zum Schluss des Buches werfen die Autoren der EU-Kommission und den zahlreichen Komitees um den Rat vor, Politik statt Verwaltung zu machen (S. 187 ff.). Das ist aber gerade Aufgabe dieser Organe. Die Verwal-

tung liegt in der EU bei den Mitgliedstaaten – im Gegensatz zur Existenz einer eigenen bundesstaatlichen Verwaltung wie in den USA oder Deutschland. Dass weder Kommission noch Rat parlamentarisch-öffentliche Räume sind, liegt daran, dass diese Aufgabe in der EU entweder beim Europäischen Parlament oder bei den nationalen Parlamenten liegt. Der Rat mag zwar Funktionen einer zweiten Kammer haben, ist aber de facto eher Teil der Regierung, zusammen mit der Kommission. Auch in jedem nationalen politischen System beraten Fachgremien, planen Regierungsstellen strategisch, und die kritische Öffentlichkeit mischt eben von außen oder über die Volksvertretung mit. Das ist keine EU-spezifische undemokratische Praxis, ohne das sicher bestehende Demokratiedefizit zu beschönigen, das aber dem intergouvernementalen Charakter der europäischen Integration inhärent ist (siehe Hix, Siedentop und Schmitter).

Was bleibt, ist die Text- und Diskursanalyse der Autoren. Dafür fehlt dem Rezensenten die Vorbildung, aber die Ergebnisse erscheinen eher trivial. Was ist so bedeutsam an der Reformulierung einzelner Sätze, dass sie ganze Grafiken verdienen (S. 107), wenn sich die Kernaussage kaum verändert? Was soll man von einer längeren Diskussion der Beziehung von „purpose" und „act" halten, wenn der „purpose" lediglich eine Quantifizierung des „act" ist (S. 155: „Purpose: 65 % employment rate, 7 % unemployment rate, halved youth unemployment; act: creation of employment"). Was wird damit erhellt?

Die wirklich interessante Botschaft der Autoren bestünde darin, die Selbstbeschränkung oder gar Selbstentmachtung der Politik, insbesondere der EU, durch eine spezifische Perzeption und Interpretation ökonomischer Probleme, Strukturen und Prozesse aufzudecken. Eine Kritik an der Reduktion von Beschäftigungspolitik auf die angebotspolitische Behandlung von Teilproblemen wie Gleichstellung, Unternehmensgeist etc. bei gleichzeitiger Vernachlässigung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Gestaltungsmöglichkeiten (z. B. Geld- und Fiskalpolitik) wäre verdienstvoll, würde aber eine schärfere wirtschaftswissenschaftliche Durchdringung erfordern. Was die von den Autoren zu Recht zerlegten und kritisierten Diskurse so gefährlich macht, ist ihre selbstreferentielle Bestätigung vorgefasster Meinungen, die modischen Zyklen unterliegen.

Eine Demokratisierung Brüssels bedarf offensichtlich nicht nur langwieriger Fortschritte in den politischen Kulturen Europas, institutioneller Reformen und einer stärkeren Zivilgesellschaft, sondern eines im emphatischen Sinne aufklärerischen Diskurses in einer europäischen Öffentlichkeit, die sich allerdings erst konstituieren muss – über die Ausschüsse der Integrationsmaschine „Brüssel" hinaus, deren Rückbindung in die Gesellschaft zu schwach ausgeprägt ist.